



Mainz, den 29.06.2026

Pressemitteilung 12/26

**Resolution der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz: Geplantes  
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz gefährdet Patientenversorgung**

Die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz warnt in einer Resolution vor den Folgen des geplanten GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes für die medizinische Versorgung.

Das Gesetz wird einseitig zulasten der Leistungserbringer im Gesundheitssystem ausgestaltet. Es handelt sich um ein reines Spargesetz, das die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Krankenhäusern und Praxen verschlechtert sowie die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf Dauer gefährdet. Die Vertreterversammlung lehnt die Pläne in der bisherigen Form entschieden ab und fordert die Politik auf, die Bedenken der Ärzteschaft ernst zu nehmen und in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Ärzte werden die Prellböcke für den Ärger der Patienten sein, weil sie in der Praxis oder in der Klinik von Angesicht zu Angesicht erklären müssen, dass bestimmte Leistungen von den gesetzlichen Krankenkassen fortan nicht mehr übernommen werden. „Es ist an der Zeit, dass die Politik den Bürgern endlich die Wahrheit sagt, dass ganz konkret an ihrer medizinischen Versorgung gespart wird“, fordert der Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz, Dr. Günther Matheis.

Die geplanten Einsparmaßnahmen betreffen den stationären wie den ambulanten Sektor und enthalten offensichtliche Widersprüche: Bewährte Dinge im ambulanten Sektor, wie die offene Sprechstunde und das zentrale Terminvergabesystem, sollen zwar beibehalten werden. Im gleichen Atemzug wird ihnen aber die finanzielle Grundlage entzogen. Die Sparmaßnahmen sind kontraproduktiv, um dem Praxissterben wirkungsvoll zu begegnen.

Die Krankenhauslandschaft ist im Zuge der Krankenhausreform bereits unter Zugzwang. Die Kliniken sind strukturell unterfinanziert, es hat Insolvenzen gegeben, weitere sind zu befürchten. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass tarifbedingte Personalsteigerungen in den Krankenhäusern nicht mehr refinanziert werden.

1

**Rückfragen? Interviewwünsche?**

Michaela Kabon

Tel. 06131-28822-34

E-Mail [kabon@laek-rlp.de](mailto:kabon@laek-rlp.de)

Christopher Schäfer

Tel. 06131-28822-36

E-Mail [schaefer@laek-rlp.de](mailto:schaefer@laek-rlp.de)

Diesen Text finden Sie im Internet unter [www.laek-rlp.de](http://www.laek-rlp.de)

Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#), [Instagram](#) und [LinkedIn](#)



Die Vertreterversammlung sieht die Notwendigkeit einer GKV-Reform, weil Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung besser in Einklang gebracht werden müssen – aber nicht auf diese Weise.

Die GKV muss von der Übernahme versicherungsfremder Leistungen, also von den Versicherungsleistungen für Bezieher von Grundsicherung, entlastet werden. Diese können nicht weiter nur den gesetzlich Versicherten in diesem Land aufgebürdet werden. Diese Ausgaben sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und müssen im Bundeshaushalt verortet werden.

## Hintergrund:

Die Vertreterversammlung ist das höchste Gremium der rheinland-pfälzischen Ärzteschaft. Sie repräsentiert die Gemeinschaft aller Ärztinnen und Ärzte im Land, denn alle Ärztinnen und Ärzte im Land wählen die Delegierten in dieses wichtige Amt. Die 80 Delegierten treffen alle Entscheidungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Sie beschließen den Haushalt, die Satzungen und anderes autonomes Recht. Sie bestimmen die landesweite Umsetzung der Muster-Vorgaben zur Berufsordnung und zur Weiterbildungs- und Fortbildungsordnung, die der Deutsche Ärztetag erarbeitet.

## Rückfragen? Interviewwünsche?

Michaela Kabon

Tel. 06131-28822-34

E-Mail [kabon@laek-rlp.de](mailto:kabon@laek-rlp.de)

Christopher Schäfer

Tel. 06131-28822-36

E-Mail [schaefer@laek-rlp.de](mailto:schaefer@laek-rlp.de)

Diesen Text finden Sie im Internet unter [www.laek-rlp.de](http://www.laek-rlp.de)

Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#), [Instagram](#) und [LinkedIn](#)